Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen"

Gegründet 1877 — Fernsprecher Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen im Monat Juni Mark 16.—. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. | Anzeigenpreis: Die 1spaltige Zeile oder deren Raum 2.— Mk., die Reklamezeile 6 Mk. Mindestbetrag eines Auftrags 8 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsverzug ist der Rabatt hinfällig.

Nr. 140. | Altensteig, Montag den 19. Juni. | Jahrgang 1922.

Sie müssen wissen

was in der Welt vorgeht. Bestellen Sie deshalb sofort unsere Schwarzwälder Tages-Zeitung „Aus den Tannen" die über alle wichtigen Ereignisse schnell und zuverlässig berichtet.

Vor einer neuen Ententekomödie.

Von Dr. Paul Ostwald.

Man muß es der Entente lassen, daß sie es trefflich versteht, für ihre Gewalttaten und Brutalitäten uns gegenüber immer ein moralisches Mäntelchen zu finden, und so den Schein nach außen hin zu wahren. Und die Durchführung der Bestimmungen des Versailler Diktats, das selbst auf der Lüge von der ausschließlichen Kriegsschuld Deutschlands aufgebaut ist, stellt den Ententeregierungen in bezug auf ein solches Komödienspielen vor der Wahl keine leichten Anforderungen. Ein Scheinmanöver muß dem andern folgen; kaum ist im Namen der Selbstbestimmung der Nationen das oberschlesische Räuberspiel zu Ende gespielt, da wird eine neue Komödie nötig, die Wahlen zu einer Volksvertretung im Saargebiet. Getreu den Grundsätzen für die wahre Demokratie und für die Gerechtigkeit unter den Völkern, für die die Entente ja bekanntlich immer eingetreten sein will, wird sie sich auch nicht nachsagen lassen, daß unter der Herrschaft des Völkerbundes die Saarbevölkerung sich nicht selbst regieren darf. Wohl aber hüllt man den Schleier des Schweigens darüber, warum im Saargebiet besondere Wahlen zu einem Parlament nötig sind, und wie wenig sie für die Bevölkerung zu bedeuten haben werden. Wie kann von Selbstbestimmung der Nationen im Saargebiet die Rede sein, wenn man dieses Land, in dem im Jahre 1914 kaum ein Franzose wohnte, einfach vom deutschen Mutterlande trennte! Hat Tardieu doch selbst im voriegn Jahre zugegeben, daß man Wilson belogen hätte, indem man ihm erzählte, von den 600 000 Einwohnern des Saargebietes seien 150 000 Franzosen: nur auf Grund einer solchen bewußt vorgebrachten Lüge war es überhaupt möglich, Wilson dazu zu bringen, einen Verzicht Deutschlands auf die Regierung des Saarbeckens erzwingen zu helfen. Und heißt das etwa Selbstbestimmung der Nationen, wenn man die mit Gewalt vom Mutterlande getrennte Saarbevölkerung weiter dazu gezwungen hat, den Unterricht in französischer Sprache auf den Schulen zu dulden und die Frankenwährung zu übernehmen. Entspricht es den Grundsätzen der Demokratie, wenn die Regierungskom[illegible]ission, die nach den Bedingungen des Versailler Dil[illegible] Männern zu beste[illegible]n hat, so zusammengese[illegible]rin keine den Saarländern erwünschte Ver[illegible]et! Denn der Präsident der Kommission [illegible]ose Rault, der den chauvinistischen Kreisen an[illegible]ndern sind der Belgier Lambert, der in [illegible]heß Herrn Rault nichts nachgibt, ferner der [illegible]olte, ein Franzosenfreund, der als früherer Rennstallbesitzer sich ganz besonders gut für das Amt des saarländischen Kultusministers eignet, weiter der Kanadier Waughi, der weder das Land noch dessen Sprache kennt, über das er bestimmen soll, und schließlich der Saarländer Hektor, ein Mann von gerade nicht bestem Rufe, den die Bevölkerung gründlich abzulehnen sowohl aus nationalen wie sittlichen Gründen alle Ursache hat. Heißt das eine Bevölkerung im Namen der Demokratie regieren, wenn der geringste Unwille gegen die aufgezwungene französische Kultur und gegen die so brutal betriebene französische Propaganda mit Verweisung aus dem Lande und noch härteren Strafen belegt wird!

Was soll in einem so vergewaltigten Lande noch eine Volksvertretung! Sie kann und darf auch nicht den geringsten Wandel in dieser Richtung schaffen, sie wird nur das gutheißen und fördern dürfen, was den letzten Zielen der Franzosen dient, dem schließlichen Anheimfall des Saargebiets an Frankreich. Wie sich die Regierungskommission bisher über Beschlüsse der Kreistage und über sonstige Aeußerungen des Volkswillens rücksichtslos hinweggesetzt hat, wenn sie der französischen Raubpolitik entgegenstanden, so wird sie das auch bei einem von der Bevölkerung gewählten Parlament nicht anders machen. Der Kommissionspräsident Rault wird auch weiterhin der Ermahnungen Loucheurs gedenken, nicht zu vergessen, daß er ein Franzose ist und daß er als solcher die Aufgabe hat, das Saargebiet für den Anheimfall an Frankreich reif zu machen.

Wie wenig deshalb selbst die saarländische Bevölkerung sich von den Wahlen zu einer Volksvertretung verspricht, geht am besten daraus hervor, daß alle Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, sich in der grundsätzlichen Ansicht einig sind, man müsse eigentlich einen allgemeinen Wahlstreik proklamieren, um so die Vergewaltigung und das Unrecht vor aller Welt offenbar werden zu lassen. Wenn die bürgerlichen Parteien sich dennoch zu einem anderen praktischen Vorgehen entschlossen haben, wenn sie dennoch die Wahlen betreiben wollen, so geschieht das nur mit Rücksicht auf die vielen eingewanderten Franzosen, die auch Listen aufstellen dürfen. Ein Wahlstreik würde praktisch nur das Ergebnis haben, daß die Franzosen sich einen scheinbaren Rechtstitel holten, daß sie mit einem Hinweis auf die dann „so zahlreich und fast ausschließlich" gewählten französischen Volksvertreter ihre gewaltsame Kulturpropaganda für durchaus berechtigt erklären.

Der Saarbevölkerung ist es so gut wie unmöglich gemacht, von den Leiden ihrer Unterdrückung und Vergewaltigung zu reden. Um so mehr aber haben wir im Reiche die Pflicht, davon zu sprechen und der Welt die Augen darüber zu öffnen, welches Verbrechen an deutschen Brüdern und Schwestern im Saargebiet verübt wird, und was sich auch hier in Wirklichkeit hinter den großen Worten von Demokratie und Selbstbestimmung der Nationen verbirgt.

Neues vom Tage.

Eine Rede Scheidemanns.

Berlin, 18. Juni. Die „Tägl. Rundschau" schreibt: Oberbürgermeister Scheidemann sprach am Freitag abend vor einer Versammlung der Sozialdemokraten über das Thema: „Der Feind steht rechts." Er sagte u. a., man frage sich oft, warum ich denn von Berlin weggegangen bin. Ich habe diesen Entschluß im Jahre 1919 gefaßt, als der Oberst Reinhardt, der die Regierung Bauer-Noske als „Lumpengesindel" bezeichnet hatte, gegen mein dringendes Bitten gehalten wurde. (Lebhaftes hört, hört! Zurufe: „Noske!") Andere Meinungsverschiedenheiten kamen dazu, und ich ging nicht, um mir eine sogenannte Lebensstellung zu schaffen, sondern um in der Parteientwicklung auch die Entstehung eines geringsten Konflikts zu vermeiden. War die verweigerte Entlassung Reinhardts ein kleiner politischer Schnitzer, so ist die Ernennung des Kappistenkommandeurs v. Löwenfeld zum Befehlshaber eines unserer Kreuzer unerhört (Rufe: Sehr richtig!) und als ein Schlag ins Gesicht der Arbeiterschaft habe ich es empfunden, als ein Stinnesdampfer mit dem Namen „Karl Legien" vom Stapel lief. Herr Stinnes, der zwei seiner Dampfer beschimpfender Weise „Hindenburg" und „Ludendorff" getauft hat, glaubt mit seinen Millionen alles erreichen zu können. Aber wir hätten uns diese Beschimpfung Karl Legiens nicht gefallen lassen dürfen. (Zurufe: Ebert war doch Pate!) Vor kurzem habe ich das Scherzwort gehört: In unserer Reichswehr gibt es nur einen Republikaner, einen Demokraten, das ist Herr Geßler. Wenn es wahr ist, was uns aus Bayern berichtet wird, daß Herr Geßler in sehr respektvoller Entfernung vor einem Prinzen gestanden haben soll, der eine Parade abhielt, dann muß ich allerdings sagen, leider ist dieser eine Republikaner auch nicht Demokrat. Die Reichswehr ist für [illegible] nicht das Instrument, das sie sein müßte, wenn wir auch nur einen Pfennig dafür ausgeben. Die Reichswehr, die die Republik schützen soll, kommandiert von monarchischen Offizieren, ist der Fuchs als Wächter im Hühnerhof. Hier muß einmal ein ernstes Wort gesprochen werden, sonst muß ich den Leuten recht geben, die da sagen, besser gar keine Reichswehr, als eine solche. Die Verwaltung ist noch genau so reaktionär und bürokratisch wie früher. Die Gesetze der republikanischen Regierung werden von den alten Geheimräten sabotiert.

Der deutsche Lehrerverein zum Religionsunterricht.

Hannover, 18. Juni. Der bedeutsamste unter den Beschlüssen, die die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins in den letzten Tagen in Hannover faßte, betrifft das Verhältnis der Schule zur religiösen Erziehung. Der Antrag des Siebzehner-Ausschusses vom April 1922, der u. a. den Satz enthält: „Auch die religiösen Anlagen des Kindes sind im Schulleben zu pflegen" wurde abgelehnt. Angenommen wurde dagegen, freilich nur mit kleiner Mehrheit (284 gegen 250 Stimmen), eine von Pretzel-Berlin und Nüßle-Stuttgart vorgelegte Erklärung: „Der Deutsche Lehrerverein hält nach wie vor die in seinen Schulforderungen von 1919 gekennzeichnete Regelung der Beziehungen zwischen Staat, Schule und Kirche auf dem Gebiet der religiösen Erziehung, eine Regelung, die der staatlichen Schule die Erziehung zur sittlichen Persönlichkeit als höchste und wichtigste, durch das gesamte Schulleben zu lösende Aufgabe zuweist, den nach den Grundsätzen eines bestimmten Bekenntnisses zu erteilenden Religionsunterricht aber den Bekenntnisschulen selbst überläßt, für die zweckmäßigste und allen Teilen am besten gerecht werdende.

Da indes die Reichsverfassung der Durchführung dieser Forderungen entgegensteht, tritt der Deutsche Lehrerverein ein für die allen Kindern gemeinsame Schule, in welcher der Religionsunterricht nach den Bekenntnissen getrennt erteilt wird. Insbesondere fordert er, daß diese Schule in Ländern, wo sie als gesetzliche Einrichtung besteht, uneingeschränkt erhalten bleibt und daß durch die in der Verfassung zugelassene Einrichtung von Sonderschulen (Bekenntnisschulen und bekenntnisfreie Schulen) weder der Aufbau der einzelnen Schulen noch des gesamten Schulwesens eines Ortes beeinträchtigt werden darf."

Damit wird als Ziel der Schulpolitik die weltliche Schule erklärt, die den Religionsunterricht den Bekenntnisgemeinschaften selbst überläßt. Vorerst aber soll die Gemeinschaftsschule mit bekenntnismäßigem Religionsunterricht als Schulfach zur Einführung gelangen und zwar an allen Orten mit nur einer Schule als einzige, sonst als die bevorzugte Schulform.

Erklärungen des deutschen und polnischen Bevollmächtigten.

Oppeln, 18. Juni. Der deutsche und der polnische Bevollmächtigte veröffentlichen 2 Erklärungen, worin sie die **Gewalttätigkeiten der Regierungskommission auf das schärfste verurteilen**, und in denen es heißt, daß es Flüchtlingen ermöglicht wird, wieder zurückzukehren sobald die Regierungen ihre Gebiete übernommen haben. Die Regierungen werden auch ferner dafür sorgen, daß die einzelnen Bewohner auf ihrem Wohnsitze bleiben können.

Italien und Rußland.

Rom, 18. Juni. Im italienischen Senat gab Außenminister Schanzer am Freitag die Erklärung ab, daß er bis jetzt noch keine offizielle Mitteilung über die Ablehnung der Ratifizierung des italienisch-russischen Vertrages durch die Sowjetregierung erhalten habe. Immerhin dürfte aber auf Grund der indirekten Nachrichten aus verschiedenen Quellen mit der Ablehnung dieses Abkommens gerechnet werden. Diese Ablehnung sei darauf zurückzuführen, daß Italien nicht in die Aufnahme von politischen Bestimmungen in den Vertrag habe einwilligen wollen. Während die russischen Delegierten mit den italienischen Unterhändlern verhandelten, sei im Rat der Volkskommissare eine Entschließung angenommen worden, die bestimme, daß in Zukunft mit keinem europäischen Staat ein Vertrag abgeschlossen werden könne, wenn nicht in demselben die Klausel der de jure Anerkennung der Sowjetregierung enthalten sei. Italien habe diese Bedingung schon mit Rücksicht auf seine Alliierten nicht annehmen können.

Von der Haager Konferenz.

Haag, 18. Juni. Die Sachverständigenberatungen, die am Freitag vormittag und nachmittag im Haag abgehalten wurden, gelangten sehr bald auf einem toten Punkt an. Man kam nicht weiter als zur prinzipiellen Annahme des belgischen Vorschlages für die Gründung einer allgemeinen Kommission und drei unterkommissionen, die den im französischen Memorandum angeführten Ansichten entsprechen. Die französische Delegation erklärte aber sofort, daß sie sich nicht, wie dies die meisten Staaten annehmen, in die allgemeine Kommission eintragen lassen könne und sie nichts weiteres unternehme, bevor von Poincare Weisung eingetroffen sei. Dadurch wären auch die anderen Delegationen in ihrer Entscheidung behindert. Der englische Delegierte und Unterstaatssekretär im Finanzministerium, Young, nahm Veranlassung, zu erklären, daß alle Delegationen im Haag auf dieser Konferenz über keine politischen Fragen verhandeln sollen und nur geschäftliche Unterhändler seien. Der

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

sident der Sitzung vertagte dann alle weiteren Beratungen der Konferenz auf Montag nachmittag 3 Uhr. Französischerseits äußert man sich über den Eindruck der gestrigen Verhandlungen, daß man sich mit dem formellen Beschluß über die Einsetzung der verschiedenen Kommissionen einverstanden erklären könne. Besonders unangenehm berührt, daß sich der belgische Standpunkt wesentlich der englischen Auffassung genähert zu haben scheint. Die belgische Delegation gab zu verstehen, daß sie der Auffassung der Engländer, sich in eine prinzipielle Diskussion mit den Russen einzulassen, nur beipflichten könne. Es ist daher klar geworden, daß Frankreich, wenn es darauf bestehen sollte, von den Russen von vorneherein grundsätzliche Zusicherungen zu erlangen, sich neuerdings isolieren wird und dabei auch von Belgien keine Unterstützung finden wird.

Definitive Genehmigung des Bemelmann-Abkommens.

Paris, 18. Juni. Das am 27. Februar von Bemelmann im Auftrag der Reparationskommission abgeschlossene Uebereinkommen mit der Reichsregierung ist am Freitag von der Reparationskommission definitiv genehmigt worden. Das Abkommen bezweckt bekanntlich eine Vereinfachung der Modalitäten für den Bezug von deutschen Sachleistungen durch alliierte Staatsangehörige.

Letzte Meldungen.

Die Polen noch nicht zufrieden!

Berlin, 18. Juni. Bei seiner letzten Anwesenheit in Stettin hat der preußische Minister des Innern, Severing, an die Landräte und Bürgermeister der Provinz eine Ansprache gehalten, in der er darauf hinwies, daß die Industrie in der nächsten Zeit ähnlich schwierigen Verhältnissen entgegengehen würde wie 1917 bis 1919. Selbst wenn wir zur Stabilisierung der Mark kämen, würden wir doch erst in einer Reihe von Jahren auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig werden. Bedeutsam und wesentlich war, was Herr Severing über die Polen sagte: „Ich bin durchaus der Meinung, daß die Polen mit ihren Grenzen auch heute noch nicht zufrieden sind. Wir würden auf alle Fälle bei Angriffen durch Polen auf unsere Landesgranze die Leidtragenden sein, wenn sich in Ostpreußen, Pommern und Oberschlesien die Kräfte der Deutschen in Parteikämpfen zersplittern.

Deutsche Hilfe für Oesterreich.

Berlin, 18. Juni. Wir konnten schon berichten, daß die deutsche Regierung ernsthaft gewillt ist, Deutsch-Oesterreich nach Maßgabe seiner Kräfte Hilfe zu leisten. Die Reise des deutschen Gesandten in Wien, Dr. Pfeiffer, nach Berlin hat dieselbe Veranlassung. Man wünscht sich mit ihm zu beraten, ob und wie Deutschland Hilfe leisten kann. Dr. Pfeiffer weilte am Freitag nachmittag auch im Reichstag und hatte dort eine Besprechung mit dem Reichskanzler.

Schweres Schiffsunglück im Hamburger Hafen.

Berlin, 18. Juni. Im Hamburger Hafen ist der jetzt dem brasilianischen Lloyd gehörende, ehemalige deutsche Großdampfer „Avara", der auf Grund des Versailler Vertrags abgeliefert werden mußte, beim Ausdoggen gesunken. Das Unglück stellt sich als weit schwerer heraus, als es zuerst den Anschein hatte. Der Dampfer hatte, als das Unglück geschah, neben dem größten Teil der Besucher ein paar hundert Werftarbeiter an Bord. Das Schiff wurde unbegreiflicherweise mit leeren Wassertanks, also ohne Ballast, von Dock gelassen. Der Lotse soll davor gewarnt haben, der brasilianische Kapitän jedoch trotzdem den Befehl zum Klarmachen gegeben haben. Kaum lag das Schiff frei — so berichtet das Hamburger „Achtuhr-Abendblatt" — als es sich weit nach Backbord überlegte. Jedoch wurde durch Schlepper versucht, das Schiff wieder aufzurichten, was auch anscheinend glückte. Als aber der Schlepper von neuem anzog, kippte das Schiff nach Steuerbord über und in wenigen Minuten vollzog sich die entsetzliche Katastrophe. Die meisten Personen zögerten, ins Wasser zu springen als sich das Schiff nach Backbord neigte. Sie liefen alle nach Steuerbord und wurden dort überrascht, da das Schiff in der nächsten Minute nach dieser Seite überkippte. Die Zahl der Toten wird auf annähernd hundert geschätzt, dazu kommen zahlreiche Verletzte.

Poicares Besuch in London.

London, 18. Juni. Poincare ist, von seiner Frau begleitet, mit Lord Derby, der ihn in Folkestone abgeholt hat, am Freitag abend in London angekommen. Er wurde von Marschall Petain und vom französischen Botschafter St. Aulaire am Bahnhof erwartet.

„Daily Mail" will aus gut unterrichteter Quelle erfahren haben, daß in der vorgestrigen Unterredung Poincares mit Lord Harding der letztere dem französischen Ministerpräsidenten den Standpunkt seiner Regierung in der Frage des englisch-französischen Garantievertrages auseinander setzte. Er bestätigte offiziell, daß die englische Regierung diesen Vertrag erst abschließen könne, wenn die zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen gelöst sein würden, so besonders die Frage von Tanger und des nahen Ostens. Man erklärt in politischen Kreisen, daß Lord Harding diese Instruktion schon vor einigen Tagen von der englischen Regierung erhielt, mit dem Auftrage, sie Poincare vor seiner Abreise nach London mitzuteilen, um ein Mißverständnis zwischen den beiden Regierungen bei dem Besuche Poincares in London zu beseitigen. Poincare hat in Privatunterredungen vor einigen Tagen erklärt, daß er bereit sei, die zwischen England und Frankreich schwebenden Fragen zu diskutieren. Diese Absicht Poincares, seine Anwesenheit in London politischen Gesprächen zu widmen, wurde der englischen Regierung mitgeteilt, aber dieser Gedanke ist vom „Foreign Office" nicht angenommen worden. Es scheint darum, daß die Reise Poincares keinen politischen Charakter haben wird.

Reichstag.

Berlin, 16. Juni.

Die Sitzung beginnt nachmittags 2 Uhr.

Zunächst werden einige Anfragen ohne allgemeines Interesse erledigt.

Sodann wurde ein Antrag des Abg. **Dittmann** (U.S.P.), mit Rücksicht auf die immer mehr anwachsenden monarchistischen Treibereien die Interpellationen über die Königsberger und bayerischen militärischen Demonstrationen schon heute zu beraten, abgelehnt. Dafür stimmten nur die Unabhängigen und die Kommunisten.

Gegen die gleiche Minderheit wurde sodann beschlossen, die **Zwangsanleihe** und **Einkommensteuer** heute von der Tagesordnung abzusetzen.

Angenommen wird in allen drei Lesungen der Entwurf, durch den die Bezüge aus der Unfallfürsorge für Gefangene verzehnfacht werden, ebenso der Entwurf über die Erhöhung der Vergütungen für Quartierleistungen an die Reichswehr.

Es folgt die erste Lesung der **Schlichtungsordnungsnovelle.**

Abg. **Giebel** (Soz.) protestiert dagegen, daß die freien Gewerkschaften noch keine Gelegenheit gehabt hätten, zur Vorlage Stellung zu nehmen, und bringt Bedenken vor gegen die scharfen Zwangsbestimmungen des Entwurfes. Grundsätzlich stimme die Sozialdemokratie aber dem Gedanken einer Schlichtungsordnung zu, auch wenn ihr deswegen von radikaler Seite Verrat im Klassenkampfe vorgeworfen werde.

Reichsarbeitsminister **Brauns** schildert den Werdegang des Gesetzes, das das Ziel verfolgt, den Wirtschaftsfrieden zu fördern und zu sichern. Angesichts der jetzt völlig veränderten wirtschaftlichen und rechtlichen Lage richten sich die Streiks jetzt mehr gegen die Arbeiterschaft als gegen das Privatkapital. Daher müssen Wirtschaftskämpfe heute auf ein Mindestmaß beschränkt und an ihre Stelle friedliche Verständigung gesetzt werden. Am Streikrecht rüttelt die Schlichtungsordnung keineswegs. Sie will nur die auch von den Gewerkschaften bekämpften wilden Streiks verhindern. An den Grundsätzen der Vorlage müsse die Regierung festhalten. Ueber Einzelheiten lasse sich reden.

Abg. **Ehrhardt** (Zentr.) bezeichnet die Sicherung des gewerblichen Friedens als eine Lebensnotwendigkeit unseres Volkes. Das Streikrecht soll nicht bestritten werden. Der Kampf dürfe aber nicht Selbstzweck sein, wenn er nicht zum Verbrechen werden soll. Somit sei eine Schlichtungsordnung ein Bedürfnis. Voraussetzung sei, daß die Vorsitzenden der Schlichtungsämter für ihr Amt befähigt sind.

Abg. **Gräf-Thüringen** (D.natl.) stimmt dem Grundgedanken der Vorlage zu und beantragt die Verweisung an den sozialpolitischen Ausschuß. Die Bestimmungen über die zivilrechtliche Haftung der Gewerkschaften müßten aber viel bestimmter gefaßt werden, wenn die Streiks tatsächlich beseitigt werden sollten.

Abg. **Aufhäuser** (U.S.P.) bezeichnet die Vorlage als ein Gesetz zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften. Die Schlichtungsordnung sei der Versuch, den Aufstieg der Gewerkschaften aufzuhalten. Man wolle mit ihr den Arbeitern und Angestellten das Selbstbestimmungsrecht nehmen. Seine Partei wolle an der Verbesserung des Schlichtungswesens mitarbeiten, lehne es aber ab, aus dem freiwilligen Schlichtungswesen ein Zwangsverfahren zu machen.

Abg. **Moldenhauer** (D.Vp.) steht der Vorlage, die der Zurückdrängung des Klassenkampfes diene, sympathisch gegenüber. Die Vorlage wolle die Verständigung fördern, um möglichst jeden Streik zu vermeiden. Wenn das für eine gewisse Zeit erreicht werde, wäre das schon ein Segen für unsere Wirtschaft.

Abg. **Fick** (Dem.) hat zwar manche Bedenken gegen den bürokratischen Ausbau der Vorläge und hätte die berufliche Gliederung der territorialen vorgezogen, will aber an dem zweckmäßigen Ausbau mitarbeiten.

Abg. **Weiner** (B.Vp.) spricht ebenfalls Bedenken gegen Einzelheiten der Vorlage aus, hofft aber, daß die Ausschußberatung etwas zustande bringt, was der Arbeiterschaft und dem Volksganzen zum Segen gereicht.

Berlin, 17. Juni.

In der Samstagsitzung wählte der Reichstag zunächst als Nachfolger für den verstorbenen Abg. Racken den Abg. Schwarz-Hessen (Zentr.) zum Schriftführer. Eine unabhängige Interpellation über die Getreideumlage wird am Montag in Verbindung mit der Regierungsvorlage besprochen werden. Der Gesetzentwurf zur **Erhöhung der Bezüge der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen wurde angenommen**, nachdem von sozialistischer Seite auch eine Entschädigung für die Mitglieder der Steuerausschüsse verlangt worden war. Vier Verträge Deutschlands mit Frankreich, darunter die Sachlieferungsabkommen mit der Reparationskommission, wurden dem auswärtigen Ausschuß überwiesen. Dann stand die Zwangsanleihe in erster Linie zur Verhandlung und verbunden damit ein unabhängiger Antrag auf **Anpassung der Einkommensteuersätze an die Geldentwertung** und deutschvolksparteiliche und deutschnationale Anträge für Erhöhung der Freigrenze bei der Erbschaftssteuer. Diese vier Vorlagen sollen dem Steuerausschuß überwiesen werden. Vorher aber hielt noch der Kommunist Abg. **Höllein** eine seiner bekannten Anklagereden gegen alle Parteien des Reichstags, die er rechts von seiner Fraktion nur eine gemeinsame reaktionäre Masse nennt. Mit dieser Rede war die 1. Lesung beendet und sämtliche Vorlagen wurden programmäßig dem Steuerausschuß überwiesen, der am Dienstag seine Arbeiten wieder aufnehmen wird.

Das Haus beschäftigte sich sodann noch mit der

Lesefrucht.

Die Wurzel der Bildung ist bitter, ihre Früchte sind süß.

Die Wirtin z. goldenen Lamm.

Kriminalroman von Otto Höcker.

(47) (Nachdruck verboten.)

Wie es die Witwe bestimmt hatte, fand das Begräbnis der beiden Opfer gemeinschaftlich statt. Fast die ganze Stadt beteiligte sich, die Vereine mit umflorten Fahnen, ein Musikkorps schritt an der Spitze und ließ dumpfe Trauerwirbel hören, trotz der ungünstigen Jahreszeit waren ganze Berge von kostbaren Blumenspenden geschickt worden, die nun in einem Sonderwagen den beiden Särgen vorausfuhren. Am Grabe hielt der Geistliche eine tief empfundene Rede bei der kein Auge trocken blieb — mit alleiniger Ausnahme von der Witwe selbst etwa. Es war ihr jedoch anzusehen, wie sehr sie litt; die wenigen Tage hatten tiefe Runen in ihre bleichen Züge gegraben und die kühle Unnahbarkeit in ihrer Haltung war geschwunden. Sie machte den Eindruck einer dem völligen Niederbruch nahen Person.

Auch Amtsrat Martini hatte sich unter den Leidtragenden befunden. Die Einladung der Witwe zum üblichen Leichenschmaus hatte er indessen so höflich wie bestimmt abgelehnt, sich vielmehr direkt vom Kirchhof wieder nach seinem Amtszimmer im Gerichtsgebäude begeben.

Der Amtsrat trug eine besorgte, umwölkte Miene. Zunächst hatte ihm einmal Mehlig eine große Enttäuschung bereitet; gerade von dessen Verhör hatte er sich eine ausgiebige Ausbeute versprochen, aber das gerade Gegenteil war eingetroffen. Als er sich den mittlerweile wieder nüchtern Gewordenen am nächsten Tage hatte vorführen lassen, war aus ihm weder im guten noch im schlimmen irgend etwas herauszubringen gewesen. Mehlig hatte vielmehr den Ton eines gekränkten Biedermannes angeschlagen und war nicht müde geworden, energisch gegen seine ungerechtfertigte Verhaftung zu protestieren. Wenn dies der ganze Dank dafür sei, daß er bei Aufhaltung des flüchtigen Schlittenpferdes sein eigenes Leben riskiert, so werde er sich einfach das nächstemal schön hüten, ein gleiches zu tun. Auf das bestimmteste behauptete er, von den Vorgängen in der Nacht nichts wahrgenommen zu haben. Er hatte bis gegen 5 Uhr morgens geschlafen und sich dann, von einem ungeheuren Trinkverlangen gequält, in die Wirtsstube geschlichen. Das hatte er durch die Hintertür bewirkt; er gab an, daß das Schloß schadhaft sei und man es, wenn man die Tür an der Klinke hochhebe, auch im verschlossenen Zustande ohne Schlüssel öffnen könnte. Diese Behauptung entsprach der Wahrheit, wie der Amtsrat durch sein eigenes Experiment an Ort und Stelle feststellte. Die Dazwischenkunft des Hausdieners Franz habe er nicht gefürchtet, zumal er auf Strümpfen herangebirscht und völlig geräuschlos zu Werke gegangen sei. Die Wegnahme der beiden Kognakflaschen räumte der Verhaftete ohne weiteres ein; da es sich hier lediglich um Mundraub handelte und die Lammwirtin keinen Strafantrag stellen wollte, schied diese Versehung ohne weiteres aus.

Von dem Funde seiner Tochter wollte Mehlig ebensowenig etwas wissen; umsonst blieb es, daß der Amtsrat seinen ganzen Scharfsinn daran setzte, den augenscheinlich sehr Verschlagenen durch Stellung kniffiger Fragen in einen greifbaren Widerspruch zu verwickeln. Mehlig blieb bei der Behauptung, daß er seine Tochter in jener Nacht gar nicht zu Gesicht bekommen habe.

Auf die während des in seiner Wohnung mit ihm angestellten ersten Verhörs getanen verfänglichen Aeußerungen wollte er sich gar nicht einlassen, was er in seiner Trunkenheit geschwatzt habe, sei wertlos, da wäre er imstande, sich aller möglichen Schandtaten zu bezichtigen, so ein Kerl sei er nun einmal.

Absichtlich hatte Martini sich die Vorzeigung des Geschmeidebruchstückes als letzten Verhörpunkt aufgespart, so unvermittelt wie möglich hatte er die Kette und das von dieser gewaltsam gerissene Glied dem Verhafteten vor Augen gehalten, indem er ihm zugleich mit erhobener Stimme gesagt, wo er das Versteck aufgespürt habe. Aber auch in diesem Falle war die erhoffte Wirkung völlig ausgeblieben. So scharf Martini auch den Postboten beobachtete, außer einem flüchtigen Blinzeln hatte er in dessen verwittertem Gesicht nichts wahrzunehmen vermocht, weder Erschrecken noch selbst den durch irgend ein willkürliches Muskelzucken sich kundgebenden Ausdruck eines bösen Gewissens. Der Verhaftete hatte seine Miene völlig in der Gewalt gehabt und mit dem Ausdruck völligster Gemütsruhe sogar noch treuherzig gesagt, das sei aber jammerschade, daß er von dem goldenen Ding nichts gewußt habe, das hätte er sonst schleunigst verwertet.

„Aber als dies Kettenstück versteckt wurde, waren Sie schon im Besitz Ihrer jetzigen Wohnung," hatte der Amtsrat sich ereifernd, ihm zugerufen. „Wem wollen Sie weiß machen, daß ohne Ihr Vorwissen irgend ein Dritter den Versteckort gewählt haben kann?"

„Aber Herr Amtsrat, ich werde mich hüten, Ihnen etwas weißmachen zu wollen, das wäre ja gegen allen schuldigen Respekt," hatte Mehlig darauf frisch und unbefangen zur Antwort gegeben, „und mit Verlaub, einen wüßte ich doch, der immer Zutritt in meiner Wohnung hatte, und bei dem ich immer den Schlüssel abgab, wenn ich auf Botentour unterwegs war und meine Tochter war in der Schule oder bei ihrer Tante außerhalb zu Besuch —"

„Nun, wer ist das?"

„Der arme Herr Bindewald natürlich," gab Mehlig zur Antwort. „Der oft genug auch allein in meiner Wohnung war, das kann ich beschwören."

Fortsetzung folgt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Schlichtungsordnung. Dafür hielt Kommunist **Malzahn** eine heftige Rede gegen Regierung und die Arbeitgeber. Wie sein Freund Höllein verdammte auch er vor allem die Mehrheitssozialdemokraten in Grund und Boden und nahm für sich allein in Anspruch, wahrer Vertreter der Arbeiterschaft zu sein. Auch diese Vorlage wurde einem Ausschuß überwiesen.

Am Montag wird die Entscheidung über die Getreideumlage gefällt werden.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 19. Juni 1922.

* **Inveſtitur.** Im Anschluß an den gestrigen Vormittagsgottesdienst, bei welchem der neue Stadtpfarrer, Horlacher, über den Text 1. Joh. 4, 16—21 sprach, fand seine feierliche Amtseinsetzung durch Dekan Otto-Nagold statt. Als Zeugen fungierten Stadtschultheiß Welker und Pfarrer Eißler-Altensteig-Dorf. Altar und Taufstein waren mit Blumen geschmückt, die Kirche selbst dicht besetzt.

* **Meisterprüfung.** Bei den diesjährigen Meisterprüfungen vor der Handwerkskammer Reutlingen haben insgesamt 452 Kandidaten die Prüfung bestanden und sich somit das Recht zur Führung des Meistertitels und zur Anleitung von Lehrlingen erworben. Unter den jungen Meistern befinden sich u. A.: Adam Dieterle, Holzbildhauer, Karl Flaig, Konditor, Karl Volz, Konditor, Karl Brenner, Metzger, Martin Lörcher, Metzger, Altensteig; Jakob Bihler, Schmied, Ettmannsweiler; Karl Seib, Schmied, Simmersfeld; Ernst Wizemann, Schneider, Altensteig; Gottlieb Frey, Schuhmacher, Walddorf; Friedrich Gauß, Schuhmacher, Ettmannsweiler; Wilhelm Föhr, Schuhmacher, Wart; Karl Theurer, Schuhmacher, Altensteig; Matthias Weißer, Schuhmacher, Ettmannsweiler; Friedrich Schaible, Wagner, Simmersfeld.

Sängerfest. Das am gestrigen Sonntag in Rohrdorf abgehaltene 1. Liederfest des Nagoldgau-Sängerbundes, das leider unter der Ungunst der Witterung zu leiden hatte, war gut besucht. An dem am Vormittag stattgefundenen Wertungssingen in einem Fabrikneubau der Schwarzwälder Tuchfabrik beteiligten sich gegen 30 Vereine, so auch der hiesige Liederkranz mit dem recht schwierigen Chor „Wem Gott will rechte Gunst erweisen" von Mendelsohn, dessen frischer Vortrag u. a. durch die nachfolgende Kritik genügend beleuchtet wird. Die Bewertung lag in den Händen der bekannten Komponisten Arnold, Lössler u. Wengert, die nicht nach Punktzahl vorgenommen wurde, sondern durch Einzelkritik über Aussprache und Tonbildung, Rythmus u. Gesamtvortrag. Die Kritik wurde mittags jedem einzelnen Verein in einem verschlossenen Umschlag schriftlich übereicht, welche so jedem Verein zu weiterem Schaffen reiche Fingerzeige bietet. Die Kritik über Gesamtvortrag des hiesigen Liederkranzes von Wengert lautet u. a.: „Mit diesem Chor fallen die meisten Vereine bei Gesangswettstreiten durch. Bravo, daß die Altensteiger vor dem gefährlichen Lied nicht zurückschreckten, sie konnten es wagen, denn ihr Material ist gut und steht unter sicherer Stabführung. Die frische Weise war gut angefaßt, das Gesamtbild war eindrucksvoll." Nach Rückkehr vereinigte man sich im Lokal noch einige Zeit, wo dem Dirigenten und den Sängern der wohlverdiente Dank vom Vorstand ausgesprochen wurde. Möge dieser schöne Erfolg ein Wegweiser und Ansporn sein zu weiterem eifrigen und einigen Vorwärtsstreben und treuer Hingabe an die Arbeit, wie auch Arnold in seiner Kritik sich lobend ausdrückte. s.

— **Ungenügend freigemachte Briefe.** Von jeher herrschte im Publikum, wenn es infolge ungenügend freigemachter Briefsendungen Strafporto zahlen mußte, eine Abneigung gegen diese Strafgebühren, die im Grunde genommen dem Absender zur Last fallen. Wenn man die Strafgebühren nicht vom rein fiskalischen Standpunkt aus ansieht, wird man sagen können, daß die Wirkungen des althergebrachten Strafportosystems bei der Höhe dieser Gebühren nachgerade doch auch dem Postfachmann zu denken geben. Das mag auch der Grund sein, der das Reichspostministerium soeben veranlaßt hat, folgenden Erlaß an die Postanstalten hinauszuschicken: „Es erscheint dringend geboten, ungenügend freigemachte Briefsendungen bis auf weiteres den Absendern nach Möglichkeit (unter entsprechender Benachrichtigung) zur vollständigen Freimachung zurückgeben zu lassen. Ein Zwang zur Ergänzung der Freimachung darf dabei freilich nicht ausgeübt werden. Auch kommt eine derartige Behandlung nur insoweit in Betracht, als der Absender auf der Sendung genannt ist und die durch die Anfrage verursachte Verzögerung unbedenklich erscheint.

— **Erhöhung der patentamtlichen Gebühren.** Im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats wurde ein Entwurf zur Erhöhung der patentamtlichen Gebühren genehmigt, wonach eine Verdoppelung der bisher geltenden Gebührensätze, sowie die Einführung einiger neuen Gebühren vorgesehen ist. Andererseits kommen auch einige kleinere, lästig empfundene Gebühren in Fortfall. Die Schutzfrist wurde von 15 auf 18 Jahre verlängert.

ep. **Das europäische Liebeswerk der amerikanischen Kirchen.** In ein weltweites Liebeswerk läßt der Jahresbericht des Lutherischen Nationalkonzils blicken, das sich u. a. die Aufgabe gestellt hat, durch den Krieg hervorgerufene Notstände Europas zu lindern. Bis zum Januar 1922 sind, ungerechnet die gewaltigen Kleidersendungen und Liebesgabenkisten, im ganzen 1¼ Millionen Dollars aufgewendet worden, außerdem für Heidenmission 220 000 Dollars. Deutschland steht mit mehr als 20 Millionen Mark unter den Empfangsländern an erster Stelle. Ungezählte Anstalten und Vereine der christlichen Liebestätigkeit sind dadurch in schwerer Zeit gestützt und manche vor dem Zusammenbruch bewahrt worden. Ebenso hat die Deutsch-evangel. [illegible], die 1400 meist aus den weniger bemittelten Schichten zusammengesetzte deutsche Gemeinden umfaßt, für Deutschland gegen 20 Millionen aufgebracht. Neuerdings wendet sich die amerikanische Hilfe namentlich auch Rußland zu.

ep. **Die ev. Oberkirchenbehörde zur Uebergabe oberschlesischen Gebiets.** Im Hinblick auf die bevorstehende Hingabe oberschlesischen Gebiets an Polen gibt auf Anregung des Deutschen ev. Kirchenausschusses das Konsistorium in der soeben erschienenen Nummer seines Amtsblatts den Pfarrämtern anheim, den Gefühlen schmerzlicher Trauer, die der Tag der Uebergabe in jedem deutschen Herzen wachrufen muß, im Gottesdienst am ersten Sonntag nach Bekanntwerden der Uebergabe durch Verlesung einer gedruckten Ansprache Ausdruck zu verleihen. In derselben wird erklärt, daß man mit den gewaltsam vom Reich losgerissenen Volksgenossen, namentlich auch mit den evang. Gemeinden Oberschlesiens, innerlich verbunden bleiben, und daß letztere für ihre kirchlichen Bedürfnisse auf die Unterstützung der evang. Deutschen im Reiche rechnen dürfen.

— **Stenographentagung.** Der Württ. Stenographenbund Stolze-Schrey hält am 1. und 2. Juli in Ulm seine 20. Hauptversammlung mit Wettschreiben und Wettlesen ab. Gleichzeitig begehen die württ. Vereine die Erinnerung an die vor 25 Jahren erfolgte Schaffung des Deutschen Einigungssystems Stolze-Schrey, das bekanntlich eine auf dem Wege der Verständigung zustande gekommene wohlgelungene Verschmelzung des Systems Stolze, Schrey und einiger kleinerer Schulen darstellt und das seitdem wegen seiner Einfachheit und Klarheit außerordentliche Anerkennung und Verbreitung gefunden.

* **Aichelberg,** 19. Juni. (Denkmalenthüllung.) Die Gesamtgemeinde Bergorte hat ihren 27 Gefallenen des Krieges neben dem Rathaus ein würdiges Denkmal gesetzt, das gestern enthüllt wurde. War das Wetter auch nicht gerade günstig, so fanden sich doch zahlreiche Teilnehmer an der würdig verlaufenen Feier ein. Im Zuge, an dem sich außer dem hiesigen Kriegerverein vier Nachbarvereine beteiligten, ging es unter einem Trauermarsch der Stadtkapelle Wildbad durch den Ort und zum Denkmalsplatz, wo zunächst der gemischte Chor ein Lied vortrug und alsdann Schultheiß Weinland die Erschienenen begrüßte und der Gefallenen der Gemeinde gedachte, welche im großen Krieg ihr Leben an den verschiedensten Kriegsschauplätzen gelassen haben. Steinhauermeister Schneider-Oberhaugstett, welcher das Denkmal anfertigte, enthüllte und übergab dies, das Schultheiß Weinland in die Obhut der Gemeinde übernahm und namens der Gemeinde den Gefallenen einen Kranz niederlegte. Hierauf hielt Pfarrer Holzäpfel eine zu Herzen gehende Ansprache, in welcher er jedem Einzelnen der Gefallenen gedachte und namens der Kirchengemeinde einen Kranz niederlegte. Nach ihm legten Kränze nieder Sonnenwirt Frey namens des Kriegervereins Bergorte, Zimmermann Wurster namens der Heimgekehrten, die Jungfrauen und die Schuljugend, sowie Apotheker Reichmann-Calw, als stellv. Bez.-Obmann, zugleich ernste Worte an die Versammelten und insbesondere die Jugend richtend, am Wiederaufbau in Volk u. Staat in treuer Pflichterfüllung mitzuhelfen. Während der Kranzniederlegung erschollen Böllerschüsse und zum Schluß der ernsten Handlung, die durch Gesänge und Musikvorträge unterbrochen und verschönt wurde, sang der Gemischte Chor das Lied „Morgenrot, Morgenrot".

Stuttgart, 18. Juni. (Vom Eisenbahnverkehr.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Von Sonntag, 18. Juni 1922 an verkehrt der Zug 123 (Stuttgart Hbhf. ab 12.05 nachm.) auf der Strecke Stuttgart—Plochingen auch Sonn- und Feiertags (also täglich).

Todesfälle. Im Alter von 78 Jahren starb der hier im Ruhestand lebende Prälat Emil v. Demmler, der von 1900—1911 Generalsuperintendent in Ulm war. Er galt als einer der bedeutendsten und volkstümlichsten Kirchenmänner unseres Landes. — Im Alter von 53 Jahren starb in der Klinik in Tübingen an einem Nierenleiden Rechtsanwalt Dr. Paul Milczewski, der sich um die Nationalliberale Partei große Verdienste erworben hat.

Trauer um Oberschlesien. Am Samstag hatten anläßlich des ersten Räumungstags in Oberschlesien die staatlichen und städtischen Gebäude zum Zeichen der Trauer auf Halbmast geflaggt.

Telephonverkehr nach Schweden. Zwischen dem Ortsfernsprechnetz von Stuttgart und Stockholm ist der Fernsprechverkehr aufgenommen worden.

Kein Sonderzug nach Nürnberg. Der Landwirtschaftliche Hauptverband teilt mit, daß der von ihm geplante Sonderzug nach Nürnberg am 22. Juni wegen mangelnder Beteiligung nicht zur Ausführung kommt.

Die Bierausschankpreise seit 15. Juni. Bekanntlich erhöhten die württ. Brauereien ab 15. Juni die Preise für die Biere, sowohl für das 8prozentige Schankbier, als auch für das Spezialbier ganz wesentlich. Auch Baden und Bayern haben eine Bierpreiserhöhung vorgenommen und zwar Baden ab 12. Juni und Bayern ab 16. Juni. Man hat sich auf folgende Mindestausschankpreise in Wirtschaften ab 15. Juni geeinigt: offenes Bier, 8proz. Schankbier, 0,3 Liter-Glas 3.50 Mk., 0,35 Liter-Glas 4.20 Mk., 0,4 Liter-Glas 4.50 Mk., 0,45 Liter-Glas 5 Mk., 0,5 Liter-Glas 5.550 Mk., 1 Liter-Glas 11 Mk., 12proz. Spezialbier 4.50 Mk., 5.20 Mk., 6 Mk., 6.75 Mk., 7.550 Mk., 155 Mk. Diese Preise sind Mindestausschankpreise. In Geschäften mit erhöhtem Aufwand, in Sälen oder bei sonstigen Veranstaltungen werden entsprechende Zuschläge genommen.

Butenhausen, OA. Münsingen, 18. Juni. (Drei Menschen vom Blitz erschlagen.) Während des schweren Gewitters am Freitag wurden drei auf dem Felde beschäftigte Personen vom Blitz getötet: Gutspächter Ludwig Mayer sg. und zwei Knechte Georg Rehm aus Hundersingen und Eugen Köhler von Böttingen. Zwei weitere Knechte kamen mit dem Schrecken davon. Mayer ist der Sohn des Gutspächter, den die D.D.P. im Jahr 1920 als Kandidat für den Wahlkreis Reutlingen-Münsingen aufgestellt hat und der auch Mitglied der Landeskirchenversammlung ist.

Tafertsweiler, OA. Saulgau, 18. Juli. (Gefährliches Spiel.) Der 13jährige Knabe Alois Knoll im benachbarten Bachhaupten machte sich mit einer geladenen Flobertflinte, die anscheinend zum Rattenschießen bereit lag, zu schaffen und traf den unter ihm an den Flurtreppe stehenden 11jährigen Mitschüler Otto Sommer so unglücklich in die Herzgegend, daß er nach wenigen Augenblicken eine Leiche war. Kurz vorher hatten laut „Oberländer" noch beide Kinder hier am Altare gedient.

Zum neuen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetz.

Stuttgart, 18. Juni. Der Gesetzentwurf für ein neues Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetz, der der Landtag in seiner Sommertagung verabschieden wird, knüpft an die bisherige geschichtliche Entwicklung der Steuern an, namentlich bezüglich der Grundkataster. Eine Erneuerung des gesamten Grundkatasters mit einer Neuschätzung des durchschnittlichen Reinertrags kann jetzt noch weniger als bisher vorgenommen werden. Die Unstimmigkeiten, die durch die Aenderung der Geld- und Preisverhältnisse nach dem Krieg an dem Grundkataster eingetreten sind, können am einfachsten durch allgemeine Zuschläge zum Grundkataster behoben werden. Eine Ersetzung des Grundkatasters durch einen Grundsteuer nach dem gemeinen Wert konnte, wie die Regierung in der Begründung ausführlich darlegt, nicht in Betracht kommen. Der Zuschlag zu dem Grund- und Gefälligkeitskataster wird wegen der unberechenbaren und schwankenden Wirtschaftslage für jedes Rechnungsjahr durch besonderes Gesetz bestimmt, nach Bedürfnis für einzelne Kulturarten in verschiedener Höhe. Für 192[illegible] richtet sich der Zuschlag nach dem im Erntejahr 192[illegible] im Landesdurchschnitt erzielten Reinertrag. Durch diese Regelung soll Gewähr dafür geboten werden, daß auch in Jahren eines wirtschaftlichen Rückschritts die Zuschläge wieder abgebaut werden können. Das Grundkataster wird dadurch in Einklang mit der Gewerbesteuer gebracht. Der Unterschied zwischen beiden besteht darin, daß bei der Gewerbesteuer jeder Unternehmer mit dem individuellen Reinertrag erfaßt wird, während bei der Grundsteuer der mittlere durchschnittliche Ertrag des letzten Erntejahres zu Grunde gelegt wird. Für die Schätzung des Zuschlags sind die Normalsätze für andere Steuerveranlagungen auf Grund der Musterschätzungen der Finanzämter, die Entwicklung der Pachtzinse, die Erträge der Einzelgüter des Staates und die Richtlinien der Württ. Landwirtschaftskammer als Anhaltspunkte gegeben. Dazu kommen noch die Kaufpreise landw. Grundstücke. Der persönliche Arbeitsverdienst des Unternehmers soll auch bei der Grundsteuer nicht erfaßt werden. Auch die Bestimmungen über das Gebäudekataster sind im allgemeinen ohne Aenderung der grundsätzlichen Bestimmungen unverändert aus dem bisherigen Gesetz übernommen worden. Dagegen ist bei der Grundsteuer ein Zuschlag zur Steuer vorgesehen, während dies bei dem Gebäudekataster (Rente von 3 Prozent aus dem Steueranschlag) deshalb nicht in Betracht kommt, weil die Belastung der Gebäude durch die Wohnungsabgabe sehr stark ist. Bei der Gewerbesteuer sind alle Bestimmungen neu, mit dem Ziel, eine gerechte und gleichmäßige Veranlagung aller Gewerbetreibenden zu verbürgen. Es fand eine möglichste Annäherung der Gewerbesteuer an die der anderen deutschen Länder und ein Ausgleich in der Gewerbesteuerbelastung statt. Belastet wird nunmehr noch der gewerbliche Reinertrag eines einzelnen bestimmten Jahres. Dieser soll nicht besonders ermittelt werden, vielmehr das gewerbliche Einkommen des abgelaufenen Jahres maßgebend sein. Wie bei der Grund- und Gebäudesteuer soll auch beim gewerblichen Reinertrag der persönliche Arbeitsverdienst ausgeschieden werden. Das zur Einkommen- oder Körperschaftssteuer veranlagte Einkommen aus dem Gewerbebetrieb gilt als gewerblicher Reinertrag. Das Betriebskapital soll im allgemeinen keine Bedeutung mehr haben. Für größere Gewerbebetriebe mit einem gewerblichen Betriebskapital von mehr als 100 000 Mk. ist jedoch eine Sonderregelung vorgesehen, ebenso für Aktiengesellschaften. Nach einer Anlage zu dem Entwurf kann der steuerbare Gewerbeertrag, der 1920 478 Millionen Mk. betrug, zu 1130 Millionen Mk. angenommen werden. Eine Uebersicht über die Wirkung des Gesetzes auf die einzelnen Gewerbetreibenden ist noch nicht möglich.

Vermischtes.

Erschreckende Zunahme des Mädchenhandels. Die Nachforschungen der Hamburger Kriminalpolizei nach den in letzter Zeit zahlreich als vermißt gemeldeten jungen Mädchen lassen, besonders nach Erzählungen in Seemannskreisen erkennen, daß der Mädchenhandel von Hamburg aus einen erschreckend großen Umfang angenommen hat. Ausländische Seeleute, die der deutschen Sprache mächtig sind, knüpfen Bekanntschaften mit 13- bis 15jährigen Mädchen an, machen ihnen die verlockendsten Versprechungen, so daß die Mädchen ihnen willig folgen. Die Mädchen werden dann nach Nord- und Südamerika in die öffentlichen Häuser verkauft. Die Hamburger Kriminalpolizei warnt dringend junge Mädchen vor der Bekanntschaft mit zudringlichen Ausländern.

Schwere Folgen einer Explosion. Drei Arbeiter des Gutes Pomellen (Pommern) waren auf dem Bahnhof zu Rosow mit dem Entladen von leeren Spiritusfäs-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

fern beschäftigt. Ein polnischer Arbeiter wollte nachsehen, ob noch Spiritus im Fasse vorhanden sei und leuchtete mit einem Zündholz in das Spundloch hinein. Die Gase im Fasse fingen Feuer und brachten das Faß zur Explosion. Der polnische Arbeiter wurde im Gesicht stark verbrannt. Ein deutscher Gutsbesitzer namens Christ wurde von den Faßstücken zerrissen, so daß der Tod alsbald eintrat. Der dritte Arbeiter kam mit leichteren Verletzungen davon.

Der „Leonberger" Hund soll wieder zu Ehren kommen. Früher in der ganzen Welt bekannt und als hervorragende Züchtung berühmt, ist er zur Zeit auf dem Aussterbeetat. Es gibt nur noch wenige Exemplare der echten Rasse. Das soll nun wieder anders werden. In Leonberg hat sich ein Spezialklub für Leonberger Hunde gebildet. Gleichzeitig wurde eine Hundezuchtgenossenschaft gegründet. Schon sind die Vorbereitungen zur Errichtung des Zwingers getroffen, der am gleichen Platze stehen wird wie einst sein Vorgänger. Bald werden sich im bekannten Schweizerhause wieder echte „Leonberger" tummeln. Eine Reihe von Anfragen sind schon eingelaufen, so daß die Genossenschaft bald reichlich zu tun haben wird, um alle Ansprüche zu befriedigen. In einigen Jahren wird der „Leonberger" wieder wie früher dem „Bernhardiner" in den Alpen ebenbürtig zur Seite stehen, in manchem ihn übertreffen.

An Fischvergiftung erkrankten in Brüsewitz in Pommern die Familie und das Dienstmädchen des Besitzers Rohde. Das Dienstmädchen Lade ist am anderen Tage auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstorben. Auch die Mutter der Ehefrau Rohde konnte nicht mehr gerettet werden. Der Vater und die Ehefrau selbst liegen noch schwer krank darnieder, während Rohde und dessen Bruder außer Lebensgefahr sind.

Mit dem Fallschirm aus 7500 Meter Höhe. Ein amerikanischer Fliegeroffizier hat am letzten Mittwoch eine neue Höchstleistung im Abstieg mit dem Fallschirm aufgestellt. Er verließ in einer Höhe von 7500 Metern sein Flugzeug. Der Abstieg dauerte 30 Minuten.

Maßlos. A.: „Auch bei euch in München ist die sprunghafte Preissteigerung eingetreten. Das wird euch Münchenern besonders beim Mehrberappen für euere Maß schmerzlich sein." B.: „Red' net so damisch daher! Die Preissteigerung kennt doch ka Maß net!"
(„Kladderadatsch.")

Handel und Verkehr.

Dollarkurs am 17. Juni 322.41 Mark.

Süddeutscher Tabakmarkt, 17. Juni. Die Hoffnungen der deutschen Tabakindustrie, daß die in Paris angestrebte Anleihe zustandekommen und dadurch ein Rückgang der Guldendevise eintreten werde, hat sich nicht erfüllt. Käufe von Auslandstabak bleiben deshalb weiter erschwert, und die Haltung für inländische Ware hat sich befestigt. Immerhin halten die Fabrikanten mit dem Einkauf zurück, da nunmehr die Hoffnung auf eine kleine Anleihe gerichtet ist, die ein Zurückweichen der Devisen bedingen würde. Den Pflänzchen in den Setzbeeten ist der Regen sehr zustatten gekommen, doch wäre für das Verpflanzen ein den Boden erweichender Dauerregen erwünscht. Da mit dem 1. Juli die volle Banderole in Kraft tritt, sucht sich die Kundschaft noch nach Kräften zu versorgen, so daß die Fabriken z. Zt. reichlich mit Aufträgen versehen sind.

Schramberg, 17. Juni. Dem Schweinemarkt waren 40 Ferkel zugeführt. Das Geschäft war etwas stagnierend bei einer Preislage von 1000—1500 Mk. pro Stück. Dem Rindviehmarkt waren zugetrieben: 3 Kälber, 2 Jungrinder, 4 Kalbeln, 8 Kühe, 4 Ochsen. Kälber kosteten 6—8000, Rinder 15—16 000, Kalbeln 20—25 000, Kühe 20—30 000 Mk. je d. St.

Letzte Nachrichten.

Kritische politische Lage.

WTB. Berlin, 17. Juni. Die Blätter betrachten die die durch den Gesetzentwurf über die Getreideumlage geschaffene politische Lage als außerordentlich kritisch, weil eine Mehrheit im Reichstag für die Umlage sehr zweifelhaft ist und ferner die Sozialdemokraten katagorisch erklärt haben, daß sie bei einer Ablehnung des Gesetzentwurfes aus dem Kabinett ausscheiden und in eine entschiedene Opposition eintreten werden. Für den Fall der Ablehnung der Umlage rechnen die Sozialdemokraten mit der Reichstagsauflösung und Neuwahlen. Zur Frage, wie sich die einzelnen Parteien bei der Abstimmung verhalten, erklären die Blätter, daß gegen die Umlage auf der einen Seite die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, auf der anderen Seite aber auch die Unabhängigen und die Kommunisten stimmen werden, weil diesen beiden Parteien die Vorlage nicht weit genug geht. Die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien, Zentrum und Demokratie, werden wahrscheinlich keine einheitliche Haltung einnehmen, sondern sich bei der Abstimmung spalten.

Oberschlesien.

WTB. Kattowitz, 18. Juni. Die Uebergabe der in dem an Polen abzutretenden Gebietsteile liegenden Eisenbahn ist heute Nachmittag 6 Uhr in Gegenwart der interalliierten Kontrollkommission, der deutschen Eisenbahndirektion Kattowitz und polnischen Staatsbahnverwaltung vollzogen worden. Zu gleicher Zeit sind im oberschlesischen Abstimmungsgebiet für den deutschen Teil die deutsche Eisenbahndirektion Oppeln und für den polnischen Teil die polnische Staatsbahndirektion Kattowitz errichtet worden.

WTB. Kattowitz, 17. Juni. 200 polnische Polizisten übernahmen heute abend nach einer kurzen Instruktion im Polizeipräsidium den Dienst in der Stadt. Weitere Polizeimannschaften sind kurz vor Mitternacht in Kattowitz eingetroffen. Der Belagerungszustand wird weiter aufrecht erhalten.

WTB. Hindenburg, 19. Juni. In Biskupitz kam es zwischen einem Apo-Kommando, das die Gemeindewache abgelöst hatte, und einer kleineren französischen Abteilung zu einem blutigen Zwischenfall. Eine große Anzahl Zivilpersonen ergriff die Partei der Apo-Beamten, worauf es zu einem heftigen Feuergefecht kam, in dessen Verlauf 3 Zivilisten getötet wurden. Ein vierter wurde so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Verwundung starb.

Die Franzosen und die Versöhnung.

WTB. Paris, 18. Juni. Gestern Abend fand eine von Anhängern des Abgeordneten Sangnier einberufene Volksversammlung mit der Tagesordnung „Die internationale Pflicht Frankreichs" statt. Ministerpräsident Poincare war zu einer öffentlichen Diskussion in dieser Versammlung eingeladen, hatte aber abgelehnt. Royalisten sprengten die Versammlung und ließen Sangnier nicht zu Worte kommen. Dieser wurde leicht am Kopf verwundet. Trotzdem konnte die Versammlung etwas später wieder eröffnet werden. Sangnier sprach über die Versöhnung der Völker Europas.

Zum Schiffsunglück in Hamburg.

WTB. Berlin, 17. Juni. Wie die „B. Z. am Mittag" aus Hamburg meldet, wurde die ganze Nacht auf dem gekenterten brasilianischen Dampfer „Avare" bei Scheinwerfer- und Fackellicht gearbeitet, um die Bergung der im Innern des Schiffes Eingeschlossenen zu ermöglichen. Wieviel Opfer noch in den Räumen unter Wasser sich befinden, weiß man nicht. Jedenfalls wird von ihnen keiner wieder lebendig ans Tageslicht kommen.

Ein Abbruch der span. militär. Operationen in Marokko.

WTB. Madrid, 17. Juni. Der Ministerrat beschloß gestern den endgültigen Abbruch der militärischen Operationen in Marokko u. die Einrichtung einer Zivilschutzherrschaft.

Wilde Bergarbeiterkonferenz.

WTB. Leipzig, 19. Juni. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands teilt mit: Gestern wurde hier eine Betriebsräte-Konferenz für den mitteldeutschen Bergbau abgehalten, die zu den gegenwärtig schwebenden Lohn- und Tariffragen Stellung nahm. Sie fordert 75 Prozent Lohnerhöhung für ganz Mitteldeutschland und den Austritt aus der Reichsarbeitsgemeinschaft. Ferner wurde beschlossen die Kameraden des Ruhrgebiets telegraphisch aufzufordern, das vorliegende Lohnabkommen, sowie das Ueberstundsabkommen über den Rahmentarif abzulehnen. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands steht dieser Sache fern.

Mutmaßliches Wetter.

Ueber England steht ein Hochdruck, aber in Süddeutschland sind immer noch flache Lufteinsenkungen, deshalb ist am Dienstag zwar in der Hauptsache trockenes und warmes, aber strichweise gewittriges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Maul- und Klauenseuche in den Bezirken Calw, Freudenstadt, Horb und Neuenbürg ist erloschen. Es fällt daher keine Gemeinde des Bezirks Nagold mehr in das Beobachtungsgebiet und in den 15 km Umkreis einer benachbarten Seuchengemeinde.

Nagold, den 17. Juni 1922. Oberamt: Mänz.

Adam Seitz
Marta Seitz
geb. Kußmaul
Vermählte
Ueberberg Bondorf
18. Juni 1922

Achtung Zimmerleute!

Südd. Hallenbau G.m.b.H. Nagold sucht:

1 selbständigen Platz- oder Gruppenpolier,
1 selbständigen Montagenpolier,
20 gewandte tüchtige Zimmerleute für fortlaufende pünktliche Arbeiten.

Gute Bezahlung.

Zu melden:
Bauwerkmeister Kaupp.

Unsere Ursula hat ein
Sonntags-brüderlein
bekommen.
Hauptlehrer Leuze und Frau.

Altensteig.
Seifenpulver
— Flammer —
Seifenpulver
— Wöllner — (Reichsperle)
Seifenpulver
— Härr — (Waschperle)
Harr's Sauerstoff-Waschpulver
(Marke Forelle)
Henkels Persil
Henkels Bleichsoda
Cristall-Soda
Gute Haushalt-Kernseife
Bodenwichse
Bodenöl
Schuh-Creme
und Lederfett
etc. etc.
empfiehlt seit Jahren geführte bewährte Marken preiswert
Fritz Bühler jr.

Schneider-Gesuch.
Ein jüng. Arbeiter findet dauernde Beschäftigung bei
Wilh. Heinzelmann
Schneidermeister,
Bitz bei Ebingen.

Altensteig.
Frisch eingetroffen:
Feinste
Vierfrucht-Marmelade
in 5, 10 u. 25 Pfd.-Eimer sowie offen ausgewogen
Apfel-Marmelade
Orangen- „
fste. Preiselbeeren
gar. rein mit 50% Zucker eingekocht, in 1 Kilo-Dosen und im Anbruch
fst. eingemachte
Essig-Gurken
in 1, 2 u. 5 Kilo-Dosen
bei
Chr. Burghard jr.

Saugerwald.
Ve... am 24. d. M., morgen... Uhr
1 Leiterwagen
und
1 Erntheuwagen
beide gut erhalten, sowie einige Hundert alte
Dachziegel
G. Rupps.

Eingetroffen!
1 Waggon **Tongeschirr**
wie **Schüsseln**
Teller
Tassen
Bundgeschirr
Satten
Kumpen
Ampeln
Blumentöpfe
Vasen usw.
in außergewöhnlich billiger Preislage.
Verkauf ab 4 Uhr heute Nachmittag.
Versäumen Sie die Gelegenheit nicht!
Kaufhaus Kittel, Nagold.

Eisenvitriol
zu Dungzwecken empfiehlt den Ztr. zu Mk. 340.—
Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41
und Filiale Simmersfeld

Eine **Kuh** samt Kalb hat zu verkaufen wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Altensteig.
Gebet- und Predigtbücher
sind zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhandlung.

Gestorbene.

...gsweiler: Peter Hindennach, Bauer, 41 J. alt.
Calw: Gottlieb Lutz.